

Großes Interesse an Dietenbach

Erste Bewerbungsrunde abgeschlossen – Gemeinderat entscheidet im Dezember

Die erste Bewerbungsrunde für den ersten Vermarktungsabschnitt im neuen Stadtteil Dietenbach ist abgeschlossen. Eingegangen sind 84 Bewerbungen von 39 Akteur*innen für 23 Vergabepakete mit insgesamt 65 Grundstücken. Der Vermarktungsabschnitt bietet ein Potenzial von rund 800 Wohneinheiten.

„Ich freue mich, dass so viele verschiedene Akteur*innen ihren Hut in den Ring geworfen haben“, sagte Baubürgermeister Martin Haag. „Wir sind zuversichtlich, dass wir einen guten Mix zusammenstellen werden können, um unsere Entwicklungsziele zu erreichen: Wir wollen bezahlbaren Wohnraum schaffen und zugleich Vorbild sein für eine soziale und kulturelle Vielfalt sowie den Klima- und Umweltschutz.“

„Die eingegangenen Bewerbungen werden wir jetzt sichten und auswerten“, ergänzte der Leiter der Projektgruppe Dietenbach, Mario Pfau. „Wir freuen uns darauf, mit allen Bewerber*innen ins Gespräch für die weitere Ausarbeitung zu gehen.“ Eingereicht wurden Konzepte von privaten Bauherr*innen, Baugemeinschaften, Genossenschaften, Bauträger*innen und Projektentwickler*innen – somit ist ein breiter Kreis der angesprochenen Akteur*innen vertreten. Die Konzepte erstrecken sich auf unterschiedliche Grundstücksgrößen: von kleinen Stadthäusern mit zwei Wohneinheiten bis zu großen Geschosswohnungsbauten mit rund 50 Wohneinheiten.

Die nun abgeschlossene erste Vergaberunde ist noch nicht der finale Bewerbungsstand. Im Anschluss an die Gespräche haben die Akteur*innen bis Mitte September Zeit, ihre Bewerbungen weiter auszuarbeiten und final einzureichen. Über die eingereichten Konzepte wird im Herbst beraten, die Vergabeentscheidung fällt der Gemeinderat Ende des Jahres.

Die Grundstücke werden, wie auch im Wohnquartier Kleineschholz, im Rahmen einer Konzeptvergabe zum Festpreis vergeben. Nicht die Meistbietenden erhalten ein Grundstück, sondern die Bewerber*innen mit dem passendsten Konzept hinsichtlich ökologischer, sozialer und städtebaulicher Aspekte.

Darüber hinaus sind im ersten Vermarktungsabschnitt mehrere Grundstücke für Alteigentümer*innen reserviert. Zudem plant die Freiburger Stadtbau allein im ersten Vermarktungsabschnitt rund 130 Wohneinheiten.

ASF und Remondis bleiben Partner

Ergebnis europaweiter Ausschreibung – 21 Millionen für die Tunibergschule

„Es ändert sich wenig – das ist eine gute Nachricht.“ Auf diesen Nenner brachte Oberbürgermeister Martin Horn das Ergebnis der europaweiten Neuausschreibung des 47-Prozent-Anteils an der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg (ASF): Der neue Partner ist mit Remondis nämlich zugleich der alte.

Für die Bürger*innen bleibt damit alles beim Alten bei Müllabfuhr und Stadtreinigung. Auch für die rund 500 Mitarbeiter*innen der ASF geht es in der gewohnten Struktur weiter. Die Ausschreibung war notwendig geworden, um die Zusammenarbeit rechtssicher neu aufzustellen. Hintergrund sind europäische Wettbewerbsvorgaben für langfristige öffentliche Dienstleistungsverträge. Die Stadt Freiburg hatte die Anteile und einzelne abfallwirtschaftliche Leistungen deshalb europaweit ausgeschrieben.

„Doppeldeal“

Die auf 20 Jahre abgeschlossene Vereinbarung ist nicht nur rechtssicher und transparent, sondern für die Stadt auch wirtschaftlich erfolgreich. Denn der Erlös des Verfahrens – rund 21 Millionen Euro – soll vollständig in die neue Schule am Tuniberg fließen und sichert damit „doppelt Zukunft“, wie OB Horn es ausdrückte. Auch die in Personalunion für Umwelt und Bildung zuständige Bürgermeisterin Christine Buchheit freute sich über diesen „Doppeldeal, der uns allen nutzt“. Die neue Verbundschule am Tuniberg umfasst eine dreizügige Gemeinschaftsschule und ein dreizügiges Gymnasium für bis zu 1200 Schüler*innen.

„Applaus verdient“

Weil die Pressekonferenz zufällig am „internationalen Tag des Müllwerkers“ stattfand, nutzte Remondis-Vorstand Thomas Conzendorf die Gelegenheit, den Menschen zu danken, die jeden Tag unauffällig, aber zuverlässig den Abfall abholen: „Die Leute haben den Applaus verdient.“ Zu den Freiburger Besonderheiten gehört laut Conzendorf eine „extrem niedrige Restabfallmenge“. Das, so seine Analyse, liege an der „ökologisch orientierten Bürgerschaft“ und an dem „intelligenten Gebühren- und Behältersystem“.

Mit der jetzt fortgeschriebenen öffentlich-privaten Partnerschaft (siehe Stichwort) zwischen Stadt und Remondis ist in Freiburg weiterhin ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge mehrheitlich in kommunaler Hand. Zugleich profitiert die Stadt aber von der Expertise eines weltweit tätigen Unternehmens. „Dieses Know-how kommt uns in Freiburg zugute“, sagte Bürgermeisterin Buchheit – und zwar „effizient und nachhaltig“, wie Remondis-Vorstand Conzendorf ergänzte.

Lob vom Gemeinderat

Im Gemeinderat stand das Thema am vergangenen Dienstag auf der Tagesordnung. Stellvertretend für alle Fraktionen lobte Bärbel Schäfer von den Grünen das „hervorragende Ergebnis“, das nicht nur 500 Arbeitsplätze langfristig sichere, sondern auch eine nachhaltig aufgestellte Abfallwirtschaft. Eine formale Zustimmung des Gremiums gab es nicht, da der Gemeinderat bereits im Vorfeld die Vergabekriterien beschlossen und den Oberbürgermeister beauftragt hatte, den Vertrag mit dem besten Bieter abzuschließen.

Stichwort

Die Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg GmbH (ASF) wurde 1999 gegründet. Sie ist kein reiner Kommunalbetrieb, sondern ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen mit städtischer Mehrheit. Der private Anteil an der ASF beträgt 47 Prozent und gehört der Remondis Kommunale Dienste Süd GmbH. Die Stadt Freiburg hält einen Anteil von 53 Prozent, Aufsichtsratsvorsitzender ist Martin Horn als Oberbürgermeister der Stadt Freiburg.

Die ASF übernimmt im Auftrag des städtischen Eigenbetriebs Abfallwirtschaft Freiburg (EAF) Sammlung, Transport, Verwertung und Beseitigung von Abfällen sowie die Stadtreinigung. Zusätzlich gehören auch die Rekultivierung der Deponie Eichelbuck und die Reinigung öffentlicher Flächen zu ihren Aufgaben. Die ASF ist damit für das operative Geschäft zuständig, während der EAF als Verwaltungs- und Steuerungseinheit unter anderem für die Gebührenkalkulation und die Abfallwirtschaftsplanung verantwortlich ist.

Querformat

Ach, diese Hitze!

Die Hitzewelle macht Menschen, Tieren und Pflanzen schwer zu schaffen. Wasser und Schatten sind gesuchte Rettungsanker. Wer kann, sollte die Sonne meiden, zu Hause kräftig lüften und für reichlich Wasserzufuhr sorgen. Wertvolle Hilfe leisten auch Ventilatoren. Schwimmbäder und Badeseen sind sowieso immer eine gute Wahl, insbesondere, wenn die Feuerwehr dort übt, wie man Wasser aus einem stehenden Gewässer entnimmt – und in hohem Bogen wieder zurückspritzt. Abgesehen davon gibt es im Stadtgebiet viele kühle Orte, die man aufsuchen kann, wenn es daheim nicht gut auszuhalten ist (Übersicht unter www.freiburg.de/kuehleorte). Wichtig: Niemals ohne Sonnenschutz (Hut und Creme!) und Wasserflasche aus dem Haus gehen – man kann sie an vielen Stellen kostenlos auffüllen (siehe www.freiburg.de/trinkwasserbrunnen). Im wahrsten Sinne brandgefährlich ist die Hitze aber im Wald: Seit dieser Woche gilt die höchste Waldbrandgefahrenstufe – Feuer sind jetzt selbst an den offiziellen Grillstellen streng verboten, ebenso das Rauchen. Wer dagegen verstößt, riskiert nicht nur ein saftiges Bußgeld, sondern schlimmstenfalls auch Leib und Leben. Ganz wichtig: Wer einen Brand entdeckt, sollte sofort die Feuerwehr (Notruf 112) alarmieren – jede Sekunde zählt!

30 Jahre Konzerthaus

Einst politisch umstritten, längst etabliert

Im Juni 1996 wurde das Konzerthaus feierlich eröffnet – fast genau acht Jahre nach einem Bürgerentscheid, der den Bau verhindern wollte, aber mangels Beteiligung am damals gültigen Quorum scheiterte. Heute kann man sich den einst erbit-
terten Widerstand eigentlich nicht mehr vorstellen.

„Seit 30 Jahren ist das Konzerthaus Freiburg ein zentraler Ort, der unsere Stadt verbindet. Es bringt Menschen aus Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft zusammen – und genau das macht seine Stärke aus“, sagt Oberbürgermeister Martin Horn zum Jubiläum.

In seiner drei Jahrzehnte währenden Geschichte hat das Konzerthaus viele Prominente aus aller Welt gesehen: Der französische Staatspräsident Jacques Chirac war ebenso da wie Bundeskanzlerin Angela Merkel und Papst Benedikt XVI. Und die Liste der Künstler*innen, die im Rolf-Böhme-Saal auftraten, liest sich wie ein Who-is-who der Musikszene: Von Helene Fischer über Montserrat Caballé, Jamie Cullum bis hin zu Anne-Sophie Mutter und Lang Lang waren aus jedem Genre Künstler*innen von Weltruhm zu Gast.

Ganz regelmäßig spielen hier außerdem das Freiburger Barock-, das Philharmonische und das SWR-Symphonieorchester – sie haben hier quasi Heimspiel und seit vielen Jahren ein treues Publikum.

Über die gesamte Betriebsdauer kamen bislang 5,4 Millionen Besucher*innen zu Veranstaltungen, Tagungen, Kongressen und Konferenzen sowie zahlreichen gesellschaftlichen Ereignissen und städtischen Empfängen. Hinter diesem Erfolg steht bei der Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe ein 30-köpfiges Team, das bedarfsweise von 50 Aushilfen unterstützt wird. Das Konzerthaus hat aber nicht nur als Veranstaltungsort eine wichtige Bedeutung, sondern setzt auch architektonisch ein Ausrufezeichen. Der spektakuläre, lichtdurchflutete Entwurf des Berliner Architekten Dietrich Bangert mag anfangs für manche wie ein Fremdkörper im beschaulichen Freiburg gewirkt haben; heute ist er der zentrale Punkt in der seit Ende der 1980er-Jahre komplett umgestalteten Bahnhofsachse.

In technischer Hinsicht beeindruckt die Wandlungsfähigkeit des Rolf-Böhme-Saals bis heute – seine Wandlungsfähigkeit ist der zentrale Schlüssel zum Erfolg, weil nur so ganz unterschiedliche Formate hier stattfinden können.

Aus den Fraktionen

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat verantwortet. Der Textumfang orientiert sich an der Anzahl der Sitze im Gemeinderat.

Grüne

Mehr Sicherheit an den Freiburger Badeseen

Die Schwimmbäder und Badeseen sind gut besucht. Doch wo viel Betrieb ist, steigt auch das Risiko für Unfälle. Nach einem Austausch mit der DLRG haben wir daher beantragt, das Thema „Sicherheit an Badeseen“ im Gemeinderat zu diskutieren. „Wir freuen uns sehr, dass die Stadtverwaltung unsere Impulse aufgegriffen und bereits erste wichtige Schritte umgesetzt hat“, so Stadträtin Katharina Mohrmann. So wurden beispielsweise mehrsprachige Warnschilder an den Seen aufgestellt. Zudem wurden am Flückigersee probeweise Rettungsringe installiert, um anwesenden Badegästen Hilfsmittel im Falle eines Badeunfalls zur Verfügung zu stellen.

Warnschilder und Rettungsringe sind wichtige Bausteine. Langfristig braucht es jedoch vor allem präventive Maßnahmen, sodass alle Menschen Gefahren richtig einschätzen und sich sicher im Wasser bewegen.

Dabei spielt neben Informationskampagnen die Schwimmausbildung eine zentrale Rolle. „Wir sind sehr froh und dankbar, dass die Freiburger Schwimmsportvereine Schwimmkurse für alle Freiburger*innen anbieten. Besonders sinnvoll finden wir, dass es auch zielgruppenspezifische Schwimmkurse, beispielsweise für internationale Studierende, gibt. Ebenso wichtig ist jedoch auch verlässlicher Schwimmunterricht an Schulen. Dieser fällt aktuell leider viel zu oft aus. Hier ist die Landespolitik gefragt, um sicherzustellen, dass alle Schüler*innen die Möglichkeit erhalten, sicher schwimmen zu lernen“, so Katharina Mohrmann.

Rempartstraße umgestalten!

Die Rempartstraße ist eine besondere Straße: Aufgrund der Lage zwischen Holzmarkt und Werthmannstraße einerseits und den Kollegengebäuden und der Mensa der Universität andererseits wird sie von Rad- und Autofahrer*innen genutzt und gleichzeitig stark von Fußgänger*innen gequert. „Die verkehrliche Situation ist unbefriedigend, und von vielen Seiten gibt es den Wunsch nach Verbesserungen. Wir haben uns daher in den letzten Jahren für nachhaltige Verbesserungen für den Fuß- und Radverkehr in der Rempartstraße eingesetzt. Doch bis auf eine temporäre Einbahnstraßenregelung ist bislang nicht viel passiert“, so Sophia Kilian, Sprecherin für Mobilität.

Dafür gab es Gründe wie die unterschiedlichen Interessen der Anlieger*innen, aber auch die Notwendigkeit, Baustellen unter anderem für den Fernwärmeausbau zu berücksichtigen. „Vor diesem Hintergrund haben wir gemeinsam mit anderen Fraktionen vor zwei Jahren einen Planungsworkshop angeregt und dafür vor einem Jahr im Haushalt eine Planungsrate von 200.000 Euro eingestellt. Wir freuen uns, dass der Prozess zur Umgestaltung der Rempartstraße nun startet und hoffen auf eine große Beteiligung und baldige Umsetzung der Maßnahmen“, so Kilian.

Die städtische Auftaktveranstaltung findet am Donnerstag, 9. Juli, von 18 bis 20.45 Uhr im Friedrichsbau (1. OG, Kaiser-Joseph-Str. 268) statt. Anmeldung, weitere Infos zur Veranstaltung und zum gesamten Prozess gibt es unter www.freiburg.de/rempartstrasse.

Mehr Mittel für Integration statt Klage

Mit dem Regelungsbefreiungsgesetz des Landes wurde den besonders belasteten Kommunen die Möglichkeit geschaffen, sich von aufwendigen bürokratischen Prozessen befreien zu lassen. Freiburg hatte mit gleich fünf Anträgen versucht, davon Gebrauch zu machen. Groß ist die Ernüchterung, dass mit der Befreiung vom Erweiterten Beteiligungsbericht nur einer davon positiv beschieden wurde.

Abgelehnt wurde dagegen die Befreiung der Stadt von der Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete. „Leider gibt die Entscheidung des Landes keine Antwort darauf, warum man die Bezahlkarte in einer Stadt einführen sollte, die aufgrund seines Standortes einer Erstaufnahmeeinrichtung seit Jahren keine neuen Geflüchteten zugewiesen bekommt. Zudem funktionieren die bestehenden Systeme in Freiburg gut“, so der Fraktionsvorsitzende Simon Sumbert.

Da das Verfahren keinen Widerspruch zulässt, stünde nur noch der Rechtsweg offen. Sowohl das Rechtsamt als auch externe Expert*innen schätzen die Erfolgsaussichten einer Klage als gering ein. Ungeachtet des Fortbestands der Kritik an der Bezahlkarte sehen die Grünen deshalb davon ab, sich den Forderungen einer Klage gegen die Entscheidung der Landesregierung anzuschließen. Stattdessen werden die Grünen gemeinsam mit FR4U darauf hinwirken, dass die Mittel in Höhe der zu erwartenden Klagekosten stattdessen in weitere Integrationsprojekte fließen. „Dort ist das Geld sehr viel besser aufgehoben“, so Stadtrat Karim Saleh. „Wir werden uns nun umso stärker für eine evidenzbasierte Integrationspolitik in Freiburg einsetzen.“

Herzlich willkommen, Seren Halilo lu!

In der letzten Sitzung wurde Seren Haliloğlu als neue Stadträtin der SPD+JF-Fraktion im Gemeinderat vereidigt. Sie folgt auf Viviane Sigg, die ihr Mandat nach ihrer Wahl in den Landtag von Baden-Württemberg niederlegte, wie vor zwei Wochen an dieser Stelle berichtet. „Vivi hinterlässt eine große Lücke in unserer Fraktion. Ihr Einsatz für Bildungsgerechtigkeit und unsere vielfältige Freiburger Kulturlandschaft wird nachwirken. Daran will ich anknüpfen – mit dem gleichen Elan und meinen eigenen Schwerpunkten“, so die künftige kulturpolitische Sprecherin Seren Haliloğlu, die unserer Fraktion von nun an im Kulturausschuss und Theaterausschuss, in den Ausschüssen für Migration und Integration sowie Umwelt und Klimaschutz vertreten wird.

Die 29-jährige gebürtige Stuttgarterin ist vor zehn Jahren zum Jurastudium nach Freiburg gekommen und absolvierte zusätzlich zum juristischen Staatsexamen einen Doppelmaster in deutsch-französischem Recht mit Schwerpunkt im Europarecht in Straßburg. Heute arbeitet Seren als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Uni Freiburg.

Engagiert für eine vielfältige, gerechtere und diskriminierungsfreie Gesellschaft

Neben der Kunst- und Kulturpolitik, die der leidenschaftlichen Theaterbesucherin und Vielleserin besonders am Herzen liegt, ist die Teilhabe von migrantischen Personen und Jugendlichen ein Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit. „In dem migrantischen Umfeld, in dem ich aufgewachsen bin, war ich die einzige Jugendliche, die sich für Kommunalpolitik interessierte und sich gar für den Jugendgemeinderat aufstellen ließ. Klar: Politik ist für viele Jugendliche schon nicht sexy, aber noch weniger für Jugendliche, die mit wenig Geld aufwachsen und deren Eltern und sie selbst im Alltag häufig Diskriminierung erfahren. Das treibt mich bis heute an, Politik für eine vielfältige, eine gerechtere und diskriminierungsfreie Gesellschaft zu machen“, so Haliloğlu.

Das drückt sich auch in einer Vielzahl von ehrenamtlichen Engagements in verschiedenen Vereinen und Projekten aus. Zwei Ehrenämter liegen Seren heute ganz besonders am Herzen: ihre Tätigkeit als Ombudsfrau der Landeserstaufnahmestelle für Geflüchtete und ihr queerfeministisches Engagement bei Justitia Mentoring, dem Förderprogramm der Rechtswissenschaftlichen Fakultät für Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, transgender und agender Personen.

Wir begrüßen Seren als neues Mitglied in der Fraktion und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Eine Stadt für alle

Bezahlkarte: Nicht widerspruchslos folgen

Das Land Baden-Württemberg verpflichtet die Kommunen zur Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete. Freiburg hatte deshalb beantragt, das Kommunale Regelungsbefreiungsgesetz zu nutzen und vorläufig auf die Einführung der Karte zu verzichten. Diesen Antrag hat das Land abgelehnt. Unser Antrag, diese Entscheidung gerichtlich überprüfen zu lassen, ist in dieser Woche im Gemeinderat gescheitert.

Kommunale Spielräume nicht nutzen?

Das Kommunale Regelungsbefreiungsgesetz wurde geschaffen, damit Kommunen befristet von Landesvorgaben abweichen können, wenn dadurch Verwaltungsabläufe vereinfacht, beschleunigt oder kostengünstiger gestaltet werden können. Diese Möglichkeit wollte Freiburg nutzen.

Die Bezahlkarte löst kein bestehendes Problem. Stattdessen schafft sie zusätzliche Verwaltungsabläufe, Kontrollmechanismen und Kosten. Viele der Betroffenen leben bereits seit Jahren in Freiburg. Sie gehen zur Schule, arbeiten oder engagieren sich ehrenamtlich. Zu einem selbstbestimmten Alltag gehört für sie selbstverständlich auch die Teilnahme am regulären Zahlungsverkehr.

Durch einen befristeten Verzicht auf die Einführung hätte überprüft werden können, ob die Stadt ihre Aufgaben ohne die zusätzlichen bürokratischen Strukturen ebenso gut oder sogar besser erfüllen kann. Andere Länder räumen ihren Kommunen einen solchen Spielraum ein.

Unser Antrag verlangte keine Sonderregel. Er sollte prüfen lassen, ob das Land sein eigenes Erprobungsgesetz richtig angewandt und die Freiburger Situation angemessen berücksichtigt hat. Andere Fraktionen wollten diese rechtliche Klärung leider nicht.

Eine Karte, die Teilhabe erschwert

Unsere Ablehnung der Bezahlkarte reicht über den Verwaltungsaufwand hinaus. Je nach Ausgestaltung werden Bargeldzugang, die Nutzung bei bestimmten Geschäften oder die Verwendung für einzelne Ausgaben begrenzt. Dadurch wird der Alltag komplizierter und Menschen werden als besondere Gruppe markiert.

Menschen, die auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angewiesen sind, brauchen keine zusätzlichen Hürden, sondern Zugang zu Beratung, Sprache, Bildung, Arbeit, Wohnen und einem selbstbestimmten Leben. Die Bezahlkarte erschwert Teilhabe, statt sie zu fördern. Sie erzeugt Ausgrenzung, statt Integration zu unterstützen.

Freiburg sollte deshalb weiterhin alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten nutzen, um auf eine Bezahlkarte zu verzichten. Die Mehrheit des Gemeinderats hat diese Chance ausgeschlagen. Wir halten daran fest: Eine soziale Stadt stärkt Rechte und Teilhabe, statt sie durch neue Kontrollen einzuschränken.

Stadtreinigung soll Wahlplakate abhängen

Für viele stellt die schiere Masse an Wahlplakaten ein Ärgernis dar, insbesondere dann, wenn sie auch Wochen nach der Wahl noch hängen. Wir haben daher bei der Verwaltung nachgefragt, welche Ordnungsgelder für nicht abgehängte Plakate erhoben werden und ob die Kosten für Abhängung den Parteien in Rechnung gestellt werden.

Aus der Antwort geht hervor, dass zuletzt 2019 Gebühren erhoben wurden, danach sind „Plakate im Zuge der allgemeinen Straßenreinigung entfernt worden, ohne dass dabei gesonderte Kosten berechnet wurden. Bußgelder wurden keine erhoben“. Konsequenterweise fragt sich unsere PARTEI-Stadträtin Sophie Kessl: „Warum bin ich noch so doof und hänge alle Plakate nach Wahlen wieder ab und muss auch noch die Entsorgung zahlen? Die Plakatierordnung scheint ja mehr so was wie eine Empfehlung zu sein, konsequent durchgesetzt wird sie nicht.“

Um auf die Absurdität aufmerksam zu machen und die Gleichbehandlung aller Wahlkämpfenden zu gewährleisten, haben wir in einem Antrag vorgeschlagen, zukünftig die Abfallwirtschaft damit zu beauftragen, alle Plakate nach Wahlen abzuhängen.

Eine Mehrheit dafür gab es im Gemeinderat nicht. Wir hoffen aber, dass dieser Vorstoß dafür sorgt, dass die Stadtreinigung zukünftig die Plakate nicht mehr gratis abhängt, sondern die Kosten den Parteien in Rechnung gestellt werden.

Sophie Kessl hat auch noch weitere Ideen: „Die Stadtreinigung könnte die Plakate ja auch aufhängen und die Müllwerker*innen könnten bei der Papiermüllabfuhr Wahlflyer direkt in die Tonne jedes Haushalts legen, denn da landen sie ja eh.“

Mehr Flexibilität beim Parken

In der letzten Sitzung des Gemeinderats haben wir uns mit zwei Themen befasst: der sogenannten „Brötchentaste“ sowie einer möglichen Klage im Zusammenhang mit dem kommunalen Regelungsbefreiungsgesetz.

Gemeinsam mit den Freien Wähler und der FDP haben wir einen Antrag eingebracht, der die Einführung einer „Brötchentaste“ vorsieht. Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürgern künftig die Möglichkeit zu geben, für einen begrenzten Zeitraum kostenfrei zu parken, um kurze Besorgungen und Wege im Alltag unkomplizierter zu gestalten. Viele Menschen kennen die Situation: Für einen schnellen Einkauf oder einen kurzen Termin fallen bereits Parkgebühren an. Wir sind der Auffassung, dass Freiburg trotz notwendiger Parkraumbewirtschaftung auch praktikable Lösungen für kurze Erledigungen anbieten sollte. Gleichzeitig sehen wir eine Chance für den lokalen Handel. Eine Kurzzeitparkregelung kann dazu beitragen, die Attraktivität der Innenstadt und Stadtteilzentren zu stärken und die örtliche Wirtschaft zu unterstützen. Mit dem Antrag haben wir die Verwaltung gebeten zu prüfen, wie ein solches Modell technisch und finanziell umgesetzt werden kann.

Vernunft vor Symbolpolitik

Ein weiteres Thema war die Diskussion um eine mögliche Klage gegen die Entscheidung des Innenministeriums. Dabei geht es nicht mehr um die Bezahlkarte – diese Frage ist bereits entschieden –, sondern um den Versuch, über das kommunale Regelungsbefreiungsgesetz eine Ausnahme von der landesweiten Regelung zu erreichen.

Wir unterstützen eine solche Klage nicht. Grundlage unserer Entscheidung ist die Einschätzung des städtischen Rechtsamts, das einer Klage keine ausreichenden Erfolgsaussichten einräumt. Nach dessen Auffassung ist das kommunale Regelungsbefreiungsgesetz nicht dafür vorgesehen, politische Entscheidungen des Landes nachträglich auszuhebeln. Aus unserer Sicht wäre es nicht verantwortbar, Steuergelder für ein Verfahren einzusetzen, dessen Erfolg als äußerst unwahrscheinlich gilt. Politische Meinungsverschiedenheiten sollten im demokratischen Diskurs ausgetragen werden und nicht über Klageverfahren ohne ausreichende rechtliche Grundlage. Der Versuch, eine bereits getroffene Entscheidung über das Regelungsbefreiungsgesetz zu umgehen, ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Unabhängig davon stehen wir weiterhin zur Einführung der Bezahlkarte als Bestandteil einer ausgewogenen Migrationspolitik.

Freie Wähler

Das Schlimmste wurde verhindert

Der Gemeinderat hat am Dienstag eine klare Entscheidung getroffen – und aus unserer Sicht die einzig richtige: Die Mehrheit hat den Antrag von ESFA und Kultur/Inklusion abgelehnt, gegen die Entscheidung des Innenministeriums zur Bezahlkarte zu klagen. Damit wurde ein politisch motivierter Alleingang verhindert, der die Stadt teuer zu stehen gekommen wäre. Eine Klage ohne realistische Erfolgsaussichten, gegen die Einschätzung des Rechtsamts und finanziert aus Steuergeldern, das wäre verantwortungslos gewesen. Wir Freien Wähler sagen deutlich: Wer ein solches Verfahren fordert, sollte sich fragen, ob er dieselben Kosten auch privat tragen würde.

Die Bezahlkarte ist bundesweit eingeführt, sie erfüllt klare politische Ziele und funktioniert vielerorts bereits. Statt ideologischer Symbolpolitik braucht es pragmatische Lösungen. Wir sind froh, dass der Gemeinderat das genauso sieht. Die Bezahlkarte ist wichtig und richtig.

FDP/Bürger für Freiburg

Wir trauern um Claudia Feierling

Mit großer Bestürzung haben wir vom Tod unserer ehemaligen Stadträtin Claudia Feierling erfahren. Claudia Feierling hat sich mit großem Engagement für die Stadt Freiburg eingesetzt. Sie war von 2019 bis 2024 Mitglied im Gemeinderat und dort im Sozial-, Behinderten- und Theaterausschuss, im Ausschuss für Schule und Bildung sowie im Aufsichtsrat der f.q.b. aktiv.

Als ehemalige Schulleiterin galt ihre politische Leidenschaft der Bildungspolitik und der Chancengleichheit. Sie brachte ihre fachliche Kompetenz und ihre langjährige Erfahrung aktiv in die kommunalpolitische Arbeit ein. Die Anliegen von Kindern, Jugendlichen, Familien und Schulen standen für sie stets im Mittelpunkt. Auch die Förderung des Einzelhandels und die Attraktivität der Innenstadt sowie die wirtschaftliche Entwicklung Freiburgs waren wichtige Themen für sie.

Wir haben Claudia als sachliche, verlässliche, motivierte und stets zugewandte Kollegin geschätzt. Wir werden sie in guter Erinnerung behalten!

AfD

Die jüngste Gemeinderatssitzung hat das fragwürdige Demokratieverständnis der Freiburger Linken einmal mehr offengelegt. Beim Bundesprogramm „Demokratie leben!“ werden wir, die AfD, in der Debatte als „Demokratiefeinde“ verleumdet, obwohl wir wie keine andere Kraft für direkte Demokratie stehen. Die Wahrheit ist: Wer nicht ins eigene Raster passt, wird systematisch ausgegrenzt.

Das zeigt sich drastisch bei unseren Rechten im Rat: Vor unserem ersten Einzug lag die Redezeit für Gruppen bei vier Minuten. Prompt wurde sie auf drei gekürzt. Nach dem erneuten Einzug folgte die weitere Reduzierung auf magere zwei Minuten. Man will uns mundtot machen! Warum diese Angst vor der Wahrheit und dem mündigen Bürger? Meinung und Diskurs sind hier nur erwünscht, wenn sie von links kommen.

Genauso beim Thema Bezahlkarte für Asylbewerber: Das Land lehnt Freiburgs Befreiungsantrag ab. Doch statt geltendes Recht umzusetzen, will das linke Bündnis nun mit teuren Rechtsmitteln klagen und die Einführung auf die lange Bank schieben. Passt ein Gesetz, verweist man feige darauf; passt es nicht, versucht man es auszuhebeln. Ist das Ihr Demokratieverständnis? Wir lassen nicht locker und kämpfen weiter für Ihre Stimme!

Kultur / Inklusion

Nach zwei Jahren wurde im Gemeinderat eine erste Bilanz zum Drogenkonsumraum gezogen. Bisher gab es ca. 9000 Kontakte pro Jahr und 12.000 vorwiegend intravenöse Konsumvorgänge – das sind ca. 20 am Tag, Tendenz steigend. Aber: Jede Spritze, die dort genutzt wird, landet nicht auf der Straße. Neben Opiaten wird vor allem Kokain konsumiert – durch das fehlende Drugchecking besteht hier allerdings ein höheres Risiko einer Überdosierung. In zwei Jahren gab es 23 Drogennotfälle; bei der Hälfte musste der medizinische Notdienst hinzugezogen werden. Der veränderte Konsum zeigt, dass im Konzept noch nachgebessert werden kann, beispielsweise beim Betreuungsbedarf oder auch bei den Öffnungszeiten. Ein besonderer Dank gilt dem engagierten Team, das unter den zunehmend fordernden Bedingungen täglich unverzichtbare Arbeit leistet und dessen Sicherheit ebenfalls gewährleistet werden muss.

Rempartstraße: Mehr als Verkehr

Beteiligung für die Umgestaltung startet – Auftakt am 9. Juli

Die Rempartstraße ist ein wichtiges Scharnier am Rand der Altstadt – doch ihre Aufteilung passt nicht mehr zu den tatsächlichen Nutzungen. Deshalb soll sie neu gestaltet werden. Dafür plant die Verwaltung eine Beteiligung und lädt alle Interessierten am 9. Juli zu einer Auftaktveranstaltung ein.

Der Infoabend findet am Donnerstag, 9. Juli, um 18 Uhr im Friedrichsbau in der Kaiser-Joseph-Straße 268 statt. Dabei wird die Verwaltung über das Vorhaben und erste Überlegungen zur Auslobung informieren. Außerdem haben Bürger*innen die Gelegenheit, ihre Wünsche zur Umgestaltung der Straße in den Planungsprozess einzubringen.

Zudem wurden 400 Menschen, die in der Innenstadt leben, zufällig ausgewählt und per Post eingeladen. Ziel ist es, diese auf den Planungs- und Beteiligungsprozess aufmerksam zu machen.

Hintergrund

Die Bedeutung der Straße für den Autoverkehr ist in den letzten 30 Jahren gesunken, während Rad- und Fußverkehr deutlich zugenommen haben. Die aktuelle Aufteilung der Flächen spiegelt diese Veränderung aber nicht wider. In Zukunft soll die Straße ein urbaner Ort zum Verweilen und Begegnen werden – und damit mehr als nur eine Fläche für den Verkehr. Bei der Planung sollen verkehrliche Anforderungen wie der starke Raddurchgangsverkehr und die Erschließungsfunktion mit der Zufahrt zu den Tiefgaragen zwar berücksichtigt werden; im Vordergrund stehen aber die Aufenthaltsqualität, Barrierefreiheit, Begrünung, Gestaltung und Klimaanpassung.

Infos und Anmeldung für die Auftaktveranstaltung bis 3.7. unter www.freiburg.de/rempartstrasse

Alt-Haslach Süd fit machen

Auftaktveranstaltung zur Sanierung und den vorausgehenden Untersuchungen am 7. Juli

Die Stadt Freiburg möchte das Quartier Alt-Haslach Süd fit für die Zukunft machen und bereitet eine städtebauliche Sanierung vor. Um die Bewohner*innen frühzeitig in die Planung einzubeziehen, lädt sie am 7. Juli zu einer Auftaktveranstaltung zu den vorbereitenden Untersuchungen ein.

Der Kernbereich des Gebiets umfasst die denkmalgeschützten Gebäude der Freiburger Stadtbau (FSB) in der Kampffmeyerstraße, Damaschkestraße sowie Uffhauser Straße. Sie sind dringend sanierungsbedürftig. Auch Gebäude der FSB im Finkenschlag und in der Rislerstraße sowie die beiden städtischen Grundstücke mit der Kindertagesstätte Fidibus und dem Spielpark Kampffmeyerstraße gehören zum Gebiet, ebenso private Gebäudebestände.

Ziele der Sanierung sind die Modernisierung und Instandsetzung der Wohnungen und die Aufwertung des privaten Wohnumfelds. Darüber hinaus sollen Grünflächen, Gehwege und Straßen schöner gestaltet werden. Mit dem Gebiet Alt-Haslach Süd nimmt die Stadt an dem Forschungsvorhaben „Wärmewende in Bestandsquartieren“ teil.

Als Grundlage der Planung werden die vorbereitenden Untersuchungen zu städtebaulichen Missständen, dem Zustand der Gebäude und die Auswirkungen auf die Betroffenen durchgeführt. Die Ergebnisse sollen voraussichtlich Ende 2027 vorliegen. Im Anschluss kann der Gemeinderat das Sanierungsgebiet festlegen, und die Arbeiten können beginnen.

Die Auftaktveranstaltung findet am Dienstag, 7. Juli, von 17 bis 19 Uhr im Melanchthonsaal, Melanchthonweg 9, statt. Dabei werden die vorbereitenden Untersuchungen, die Sanierung und der Sozialplan sowie das Programm Wärmewende in Bestandsquartieren vorgestellt. Ebenso besteht die Möglichkeit, mit den an dem Projekt beteiligten Partner*innen zu sprechen.

Weitere Informationen zum Sanierungsgebiet Alt-Haslach Süd auf der städtischen Website unter www.freiburg.de/alt-haslach-sued

Neue Spielplätze im Kleineschholzpark

Vorstellung der Pläne am 3. Juli

Im Kleineschholzpark wird es gleich zwei Spielplätze geben: einen südlich der Sundgauallee für die kleineren Kinder und einen nördlich der Sundgauallee für die älteren Kinder.

Um die Wünsche der späteren Nutzer*innen kennenzulernen, hatten das Kinderbüro und die städtische Projektgruppe Kleineschholz im März eine Kinderbeteiligung durchgeführt. Auch Eltern konnten damals ihre Themen einbringen. Dabei sind viele Ideen entstanden, die das beauftragte Planungsbüro für die weitere Entwicklung der Spielplatzentwürfe mitgenommen hat.

Jetzt stellen sie beide Entwürfe vor – und alle Kinder sind mit ihren Eltern herzlich dazu eingeladen, sich mal genau anzuschauen, ob die Großen auch verstanden haben, was die Kleinen wünschen.

Die Vorstellung ist am Dienstag, 7. Juli, beim roten Schlauch im Eschholzpark. Los geht's um 16.15 Uhr, und es dauert etwa bis 18 Uhr. Für Getränke und kleine Snacks ist gesorgt.

Bei schlechtem Wetter wird die Veranstaltung gleich nebenan ins Rathaus im Stühlinger verlegt. Aus organisatorischen Gründen wird um Anmeldung bis Freitag, 3. Juli, gebeten – und zwar hier:

eveeno.com/kleineschholz

B31-Tunnel nachts voll gesperrt

Regierungspräsidium saniert Tunnelfunk

In den vier Nächten vom 29. Juni bis zum 3. Juli sind die Tunnel der B 31 in beiden Fahrtrichtungen voll gesperrt. Grund ist der zweite Bauabschnitt zur Erweiterung der Tunnelfunkanlage.

Stadteinwärts führt die Umleitung ab Kirchzarten über Zarten und Ebnet zur Schwarzwaldstraße. Stadtauswärts geht es durch die Stadtteile Waldsee und Littenweiler über Schwarzwald-, Hansjakob-, Lindenmatten- und Alemannenstraße zur Auffahrt am Kappler Knoten oder direkt weiter nach Kirchzarten.

Die Arbeiten sind Teil einer umfassenden Modernisierung der Tunnelfunkanlagen und sichern die dauerhafte Funktionsfähigkeit, sodass technisch bedingte Sperrungen künftig vermieden werden. Die Kosten in Höhe von rund 1,3 Millionen Euro trägt der Bund.

Kurz gemeldet

24-Stunden-Lauf wegen Hitze abgesagt

Gemeinsam laufen für den guten Zweck – darum sollte es beim 24-Stunden-Lauf für Kinderrechte am Samstag und Sonntag, 27./28. Juni, wieder gehen. Wegen der starken Hitze wurde der Lauf jetzt allerdings abgesagt. Ein Ersatztermin steht noch nicht fest.

Bauarbeiten in der Lehener Straße

Die Badenova verlegt eine Hauptleitung und Fernwärmeleitungen in der Lehener Straße – aktuell an der Kreuzung zur Eschholzstraße; dort regelt eine Baustellenampel den Verkehr. Nach etwa drei Wochen wandert die Baustelle Richtung Osten bis zur Wentzingerstraße; in diesen Abschnitten wird es jeweils eine Vollsperrung geben. Von Mitte Juli bis Ende Oktober wird der Abschnitt zwischen Eschholz- und Guntramstraße gesperrt, ab Ende Oktober bis Mitte Februar 2027 der von der Guntram- zur Klarastraße und bis Anfang Mai von der Klara- bis zur Wentzingerstraße. Für den Auto- und Radverkehr werden Umleitungen ausgeschildert, Garagen bleiben anfahrbar. Zu Fuß lässt sich alles erreichen.

Wieder Baustelle in der Lörracher Straße

Nach einer Woche freier Durchfahrt in der Lörracher Straße geht es am Montag, 29. Juni, mit dem Fernwärmeausbau der Badenova weiter. Dafür wird ein Teil der Kreuzung Lörracher Straße/Wiesentalstraße gesperrt. Eine Baustellenampel regelt den Verkehr, der in alle Richtungen weiter fließen kann. Auch der Fuß- und Radverkehr kann passieren. Ab 10. Juli heißt es dann noch mal „freie Fahrt“, bis Mitte August das Garten- und Tiefbauamt mit Straßenbauarbeiten beginnt.

Wirthstraße in Landwasser gesperrt

Bei den Bauarbeiten in der Elsässer Straße am Knotenpunkt Auwald- / Wirthstraße ist von Montag bis Freitag, 6. bis 10. Juli, die Wirthstraße voll gesperrt. Die Wirth- und die Böcklerstraße sind solange nur über die südliche Einmündung Elsässer Straße/Wirthstraße zu erreichen. Ab Montag, 13. Juli, ist dann die Ein-/Ausfahrt der Auwaldstraße Nord gesperrt. Ab Anfang Oktober ist die Kreuzung wieder frei, lediglich in der Auwaldstraße Nord laufen noch Bauarbeiten. Auch die Buslinie 36 der VAG ist betroffen – über Umleitung und Fahrplan informiert die VAG auf der Homepage.

www.freiburg.de/baustellen, www.vag-freiburg.de

Bachpaten und fpa feiern Sommerfest

Mit einem Sommerfest am Donnerstag, 9. Juli, möchten sich das Team des Garten- und Tiefbauamts und Erster Bürgermeister Martin Haag bei allen Menschen bedanken, die sich bei den „Bachpaten Freiburg“ und bei „Freiburg packt an“ engagieren. Das Fest findet von 16.30 bis 17.30 Uhr am Haslacher Dorfbach statt – hinter der Carl-Kistner-Str. 67 (Hallenbad Haslach) und gegenüber der Staudinger-Gesamtschule.

Eine Anfahrt per ÖPNV oder Fahrrad wird empfohlen, da keine Parkplätze vorhanden sind. Straßenbahnhaltestelle „Haslach Bad“. Weitere Infos: freiburg.de/bachpaten und freiburg.de/fpa

Flohmarkt im Vauban am 18. Juli

Die Quartiersarbeit Vauban lädt am Samstag, 18. Juli, zu einem Flohmarkt ein. Er findet von 10 bis 14 Uhr auf dem Alfred-Döblin-Platz statt.

Altstadträtin verstorben

Trauer um Claudia Feierling

Mit einer Schweigeminute hat der Gemeinderat der wenige Tage zuvor verstorbenen Altstadträtin Claudia Feierling gedacht. Die frühere Lehrerin und Leiterin des Walter-Eucken-Gymnasiums war 2019 auf der Liste der Freien Wähler in den Gemeinderat gewählt worden und später zur FDP/BfF-Fraktion gewechselt. Erster Bürgermeister Martin Haag, der Oberbürgermeister Martin Horn wegen einer Dienstreise vertrat, würdigte die Verstorbene für ihr „außergewöhnliches Engagement“. Vor allem Schul- und Bildungspolitik seien ihre Herzensthemen gewesen, aber auch die Unterstützung des Einzelhandels und der Innenstadt. Trotz ihrer körperlichen Einschränkungen habe sie ihr Gemeinderatsmandat bis zu ihrem Ausscheiden zum Ende ihrer Amtszeit voll engagiert wahrgenommen. Claudia Feierling wurde 73 Jahre alt.

„Da helfen, wo es gerade hakt“

Gemeinderat stimmt für Pilotprojekt zur Inklusion im Stadtteil Vauban: Schulbegleitung im Pool

Der Gemeinderat hat sich für ein Pilotprojekt zu „strukturellen Inklusionsleistungen“ an der Karoline-Kaspar-Grundschule im Stadtteil Vauban ausgesprochen. Damit soll der Einsatz von Schulbegleiter*innen neu organisiert werden: weg von individuellen Einzelfallhilfen hin zu einem Betreuungspool.

Die Nachfrage nach Schulbegleitung steigt an Freiburger Schulen seit Jahren stetig an – unabhängig von der Schulart. Gewährt wird sie Schüler*innen mit seelischer, körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung, die im Schulalltag Unterstützung benötigen. Ziel ist, ihnen so eine gleichberechtigte Teilhabe an Bildung zu ermöglichen.

Bislang geschieht das häufig mit einer Eins-zu-eins-Betreuung, das heißt, eine Person ist für ein Kind zuständig. Bei dem Pilotprojekt an der Karoline-Kaspar-Grundschule sollen ab kommendem Schuljahr Schulbegleitungs-Pools gebildet werden. So kommt Unterstützung und Lernbegleitung nicht ausschließlich einzelnen Kindern zugute, sondern kann flexibler und effizienter eingesetzt werden. Dabei ist jede Lernbegleitung einer festen Klasse oder einem Klassentandem als „Heimat“ zugeordnet. Das soll Verlässlichkeit und stabile Beziehungen schaffen.

Die Karolin-Kaspar-Schule eignet sich für den Pilotversuch, weil Inklusion hier schon seit Jahren großgeschrieben wird. Sowohl in den beiden Familienklassen als auch in den anderen Klassen lernen jeweils ein bis zwei begleitete Kinder – bislang mit einer Eins-zu-eins-Betreuung. Die Schulbegleiter*innen kommen von unterschiedlichen Trägern, was viel bürokratischen Aufwand verursacht und im Krankheitsfall immer wieder zu Vertretungssituationen und damit zu mangelnder Kontinuität für die Kinder führt.

„Bislang gibt es sehr viele Schulbegleitungen, oft sind mehrere Erwachsene im Klassenzimmer – das ist zum einen kostenintensiv und für die Gesamtsituation auch unbefriedigend“, erklärte Schulbürgermeisterin Christine Buchheit die Idee hinter dem Pilotprojekt. „Selbstverständlich bleibt der berechtigte Anspruch von Familien auf Begleitung ihrer Kinder bestehen, aber das muss nicht immer eins zu eins sein, sondern kann auch gebündelt erfolgen.“

„Das Konzept ist so schlüssig“, sagte Grünen-Stadträtin Bärbel Schäfer, „dass wir uns fragen, warum wir das nicht schon länger so gemacht haben?“ Künftig sei Unterstützung nicht mehr starr eingeteilt, sondern flexibel – da, wo gerade Hilfe gebraucht werde. Auch Katrin Kern von der CDU zeigte sich überzeugt davon, „dass das eine ganz hervorragende Sache ist“. Die Schule machen in vielen Bereichen „eine richtig gute Arbeit“, das Projekt sei dort in besten Händen. „Wir wünschen gutes Gelingen.“

Die Idee sei eigentlich schon sehr alt, sagte Ramon Kathrein von Kultur/Inklusion, aber die Gesetzgebung hinke massiv hinterher. „Das ist ein wunderbares Projekt“, so sein Fazit. FDP/BfF-Stadtrat Franco Orlando ergänzte: Mehrere Schulbegleiter von unterschiedlichen Trägern in einer Klasse, das könne manchmal auch die Selbstständigkeit der Kinder hemmen. „Künftig sind Kräfte an Klassen gebunden und helfen da, wo es gerade hakt“ – das überzeuge ihn und sei „ein mutiger Schritt“. Das Pilotprojekt ist auf vier Jahre angelegt: Aktuell befindet es sich in der Planungsphase. In den kommenden beiden Jahren wird es umgesetzt und auch evaluiert. Im vierten Jahr steht dann die abschließende Auswertung an, und es wird geprüft, ob sich das Konzept auf andere Schulen übertragen lässt. Diesen Plänen stimmt der Gemeinderat einstimmig zu.

„Ernüchterung“ beim Bürokratieabbau

Keine Ausnahme durch „Regelbefreiungsgesetz“: Gemeinderat lehnt weiteres Vorgehen gegen die Bezahlkarte ab

Mit dem „Kommunalen Regelbefreiungsgesetz“ hat die Landesregierung ein Instrument geschaffen, neue Formen der Aufgabenerledigung zu erproben, sprich: bürokratische Verfahren zu vereinfachen. Die bisherigen Erfolge sind aber überschaubar.

Bei vier Verfahren möchte die Stadt Freiburg die Chance nutzen, die sich aus dem neuen Landesgesetz ergibt, und hat entsprechende Vereinfachungsvorschläge eingereicht. Lediglich bei einem Thema hatte das Erfolg – „ernüchternd“ sei dieses Ergebnis, stellte Grünen-Fraktionschef Simon Sumbert fest. Vom Innenministerium genehmigt wurde, auf einen „erweiterten Beteiligungsbericht“ zu verzichten –, es bleibt also bei der bisherigen Praxis, den ohnehin schon sehr ausführlichen Beteiligungsbericht einmal im Jahr vorzulegen.

Ein weiterer Vorschlag, Auflagen aus der Arbeitsschutzüberwachung weniger streng zu handhaben, wurde vom Wirtschaftsministerium abgelehnt. Über die Möglichkeit, die Zuständigkeit für die Beurkundung des Kirchenaustritts nicht explizit beim Standesamt anzusiedeln, ist noch nicht entschieden.

Wahrscheinlich wäre über den Themenkomplex im Gemeinderat gar nicht groß diskutiert worden, wenn die Stadtverwaltung nicht versucht hätte, auch die Einführung der umstrittenen Bezahlkarte für Asylbewerber*innen auf der Grundlage des Regelbefreiungsgesetzes drei Jahre auszusetzen. Hintergrund ist, dass nach Ansicht der Stadtverwaltung und einer Mehrheit des Gemeinderats die Einführung dieser Karte in Freiburg keinen Mehrwert hat, da es ein bereits seit vielen Jahren bewährtes und effizientes Girokontensystem gibt und die Zahl der Betroffenen ohnehin sehr gering ist.

Dieser fachlichen Einschätzung konnte und wollte sich die zuständige Landesbehörde aber nicht anschließen, was dazu führte, dass die Stadt letztlich Ende des vergangenen Jahres angewiesen wurde, die Karte einzuführen. Eine weitere Klage gegen die jetzige Ablehnung ist zwar zulässig, wird vom städtischen Rechtsamt aber als praktisch chancenlos eingeschätzt. Diesen Weg dennoch zu beschreiten, hatten die Fraktion Eine Stadt für alle gemeinsam mit der Gruppierung Kultur/Inklusion beantragt. Zur Begründung sagte Esfa-Stadtrat Felix Efosa, dass die Klage sinnvoll und finanziell vertretbar sei – seine Fraktion gehe von maximal 10.000 Euro Kosten aus.

Die große Mehrheit des Gemeinderats lehnte dieses Ansinnen aber ab – teils wegen der geringen Erfolgsaussichten (Grüne, SPD+JF, FR4U), teils, weil sie die Einführung der Karte unterstützen (CDU, Freie Wähler, AfD, Freiburg Lebenswert). Das Geld für das Klageverfahren solle stattdessen lieber konkreten Integrationsprojekten zugutekommen, kündigten Simon Sumbert (Grüne) und Felicia Fehlberg (FR4U) stattdessen an. Auch Ismael Hares (SPD+JF) sagte, es mache keinen Sinn, „Geld zum Fenster rauszuwerfen“.

CDU-Stadtrat Klaus Schüle sagte, eine „aussichtslose Klage missbraucht den Rechtsweg“ – die Bezahlkarte sei „richtig und wichtig“. Kai Vesper von den Freien Wählern stimmte dem zu und kritisierte den „großzügigen Umgang mit fremdem Geld“. Karl Schwarz (AfD) und Wolf-Dieter Winkler (FL) bezeichneten die Bezahlkarte als Instrument zur Stabilisierung der Sozialsysteme.

Etwas differenzierter äußerte sich FDP/BfF-Stadtrat Sascha Fiek. Es gebe gute Gründe für und gegen die Einführung der Sozialkarte, die Klage dagegen lehnte er aber ab. Und generell empfahl er beim Thema Bürokratieabbau, sich an die eigene Nase zu fassen. „Auch wir haben allerlei Satzungen beschlossen und Evaluationen beauftragt.“

Zum Schluss gab es ein klares Votum: Antrag auf Klage mit großer Mehrheit abgelehnt, die Vorlage selbst einstimmig angenommen.

(K)Eine Selbstverständlichkeit

„Partnerschaft für Demokratie Freiburg“ wird bis 2032 gefördert

Der Gemeinderat hat beschlossen, die Partnerschaft für Demokratie Freiburg bis 2032 weiter zu fördern. Das ist der städtische Weg, das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ umzusetzen.

„Ich würde mir wünschen, wir müssten Ihnen nicht diese Vorlage vorlegen.“ So eröffnete Bürgermeister Meder die Vorstellung dieses Tagesordnungspunkts. Aber mehr denn je sei es derzeit notwendig, Demokratie zu stärken, das Programm werde in Freiburg erfolgreich umgesetzt.

Die Partnerschaft unterstützt Projekte für Erwachsene und Jugendliche, die unter anderem ziviles Engagement, demokratisches Verhalten, Vielfalt und Toleranz in der Gesellschaft fördern. Der Beschluss des Gemeinderats ist Voraussetzung dafür, Bundesmittel in Höhe von 140.000 Euro zu bekommen. Hinzu kommt ein städtischer Eigenanteil von 18.000 Euro.

Simon Sumbert von den Grünen sagte, dass Demokratie „überall in der Gesellschaft stattfinden“ muss, vor allen in Zeiten, in denen sie unter Druck stehe. Angelehnt an die Debatte um das Kommunale Regelbefreiungsgesetz sieht er hier eine Möglichkeit für Bürokratieabbau. Projekte wie diese müssten immer mehr begründen, warum sie Fördermittel brauchen. „Die Menschen, die diese Arbeit machen, verdienen unser Vertrauen, nicht unser Misstrauen.“

„Demokratiefeinde AfD“

SPD+JF-Fraktionsmitglied Ismael Hares sprach sich ebenfalls deutlich für die weitere Förderung der Partnerschaft aus. Diese Programme bräuchten Geld, die Mittel sollten für zivilgesellschaftliche Projekte genutzt werden. Denn „Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit“, so Hares. Das sehe man in Bundesländern wie Thüringen oder Sachsen, die man den „Demokratiefeinden der AfD“ überlassen habe.

Griechischstunde

AfD-Stadtrat Karl Schwarz konterte mit einer „Lehrstunde“ in Sachen Demokratie. Das griechische Wort bedeute „Herrschaft des Volkes“, und die AfD sei gerade die „stärkste Kraft im Bund“. Dennoch werde seine Partei verleumdet, obwohl sie wie keine andere Kraft für Demokratie stehe. Daher würden solche Programme „nichts bringen“. Als einzige Gruppierung stimmte die AfD gegen die Fortführung des Förderprogramms.

Neu im Gemeinderat

Seren Halilo lu

SPD+Junges Freiburg

Seren Haliloğlu wurde 1996 in Stuttgart geboren. Als erstes Mitglied ihrer türkischstämmigen Familie wuchs sie in Deutschland auf – und kam früh mit der Kommunalpolitik in Berührung: Mit 15 wurde sie in den Stuttgarter Jugendgemeinderat gewählt. Ein einjähriger Schüleraustausch in La Ciotat an der Côte d’Azur begründete ihre Liebe zu Frankreich, die sie nach Freiburg führte. Denn dort konnte sie an der Uni französischsprachige Kurse belegen. „Perfekt, das ist meine Stadt!“ Mittlerweile hat sie das erste juristische Staatsexamen absolviert und arbeitet als Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie. Das politische Engagement in der Juso-Hochschulgruppe brachte sie mit der Freiburger SPD in Kontakt. Bei der Kommunalwahl scheiterte sie noch knapp, jetzt rückt die fast 30-Jährige für Viviane Sigg nach. Zwei Themen liegen ihr im Gemeinderat besonders am Herzen, die ihre Biografie widerspiegeln: Migration und Jugendbeteiligung. Einen Jugendgemeinderat hält sie in Freiburg zwar absehbar für nicht realistisch, dennoch ist sie überzeugt, dass Jugendthemen mehr in den Mittelpunkt gehören. Ihre rare Freizeit verbringt Haliloğlu „freiburgtypisch“: Sie geht gerne klettern, am liebsten am Gfällfelsen in Oberried.

Gemeinderat in Kürze

Brötchentaste und WLAN-Hotspots

Mit großer Mehrheit haben es zwei Themen auf die Agenda des Gemeinderats geschafft. Voraussichtlich im Oktober werden die Ratsmitglieder über eine Initiative von Freien Wählern, CDU und FDP/BfF beraten, zur Stärkung des Einzelhandels die Einführung einer „Brötchentaste“ an Parkautomaten zu prüfen, um 60 Minuten kostenloses Parken für schnelle Erledigungen zu ermöglichen.

Wahrscheinlich im November wird dann darüber diskutiert, wo und wie im Stadtgebiet mindestens fünf WLAN-Hotspots eingerichtet werden können, wie es die Fraktion FR4U wünscht. Damit soll eine Kernforderung aus Jugendbeteiligungsprozessen erfüllt werden. Im Blick hat die vierköpfige Fraktion dabei besonders Stadtteile „mit höherem Sozialindex“, beispielsweise Haslach oder Weingarten.

Sigg raus, Halilo lu rein

Einstimmig hat der Gemeinderat das Ausscheiden von Viviane Sigg aus dem Gemeinderat beschlossen. Die SPD-Politikerin will sich komplett auf die Arbeit im Landtag konzentrieren, dem sie seit der vergangenen Wahl angehört. Siggs Platz in der SPD+JF-Fraktion nahm die 29-jährige Juristin Seren Haliloğlu ein (siehe „Neu im Gemeinderat“). Sie vertritt ihre Fraktion künftig im Migrations-, Umwelt-, Kultur- und Theaterausschuss.

Neue Richtlinien zur Mehrweg-Förderung

Der Gemeinderat hat den Sachstand zum Mehrwegförderprogramm zur Kenntnis genommen und eine Neufassung der Förderrichtlinien beschlossen. Seit ihrem Inkrafttreten im September 2025 haben 40 Betriebe eine Förderung beantragt: etwa für den Zuschuss zum Kauf einer gewerblichen Spülmaschine, die das Mehrweggeschirr reinigt, oder für das Nutzungsentgelt von Mehrweggeschirr. Bislang nicht bezuschusst wurde, dass neben diesem Entgelt auch ein Pfandbetrag von einem Euro pro Becher an die Mehrweganbieter bezahlt werden muss. Künftig gibt es einen einmaligen Startbonus von bis zu 100 Euro je Betriebsstätte für die erste Pfandzahlung – so soll die finanzielle Belastung gering bleiben. Die maximale Förder-summe für Betriebe mit mehreren Betriebsstätten kann bis zu 2500 Euro pro Jahr betragen.

Mögliche Förderung für Dietenbach

Ohne Diskussion und Gegenstimme hat der Gemeinderat genehmigt, dass sich die Verwaltung für das Bundesprogramm „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ bewirbt. Konkret geht es um zwei Projekte für den neuen Stadtteil Dietenbach. Die Stadt erhofft sich finanzielle Förderung für die Regenwasserbewirtschaftung in Baumquartieren und die klimaresiliente Gestaltung des Quartierplatzes mit Quartiershaus. Bei erfolgreicher Bewerbung bekommt die Stadt vom Bund 500.000 bis acht Millionen Euro pro Projekt.

Höher, schneller, weiter

Sportabzeichen-Tour am 3. Juli – alle können mitmachen

Schwitzen und Spaß haben im Seeparkstadion: Am Freitag, 3. Juli, kommt die Sportabzeichen-Tour nach Freiburg. Dabei kann nicht nur das Abzeichen ergattert werden, sondern es gibt auch ein Rahmenprogramm für Jung und Alt. Das Event wird organisiert vom Deutschen Olympischen Sportbund, dem Badischen Sportbund und der Stadt Freiburg.

Fleißig früh geht es um 8.30 Uhr los. Bis 12.30 Uhr können Schulklassen die höchste Auszeichnung außerhalb des Wettkampfsports in Bronze, Silber und Gold ablegen. Nach einer Pause geht es um 13 Uhr weiter: Dann sind Firmen, Vereine, Familien und alle Interessierten dazu aufgefordert, ihre Fitness zu demonstrieren. Ab 14 Uhr gibt es außerdem die Möglichkeit, den für das Sportabzeichen notwendigen Nachweis der Schwimmfertigkeit zu erbringen.

Auch die ganz Kleinen können den Tag über aktiv werden: Beim Mini-Sportabzeichen gibt es Übungen für Kinder von drei bis sechs Jahren. Dabei steht aber nicht der Wettbewerb im Vordergrund, sondern Bewegung und vor allem Inklusion: Die Übungen haben unterschiedliche Schwierigkeitsgrade, und es gibt Variationen für Kinder mit Rollstuhl.

Programm für alle

Wer nicht nur das Sportabzeichen ablegen, sondern sich noch mehr bewegen möchte, hat im Seeparkstadion einige Möglichkeiten. Es gibt Reaktions- und Wurfwand, Hüpfburg, Bungee-Run, Skilanglauf, Blinden-Biathlon und Baskin – eine inklusive Basketballvariante. Neben weiteren Angeboten von lokalen Vereinen kann man sich auch an einer Wasserbar erfrischen. Durch den Tag führt Moderator Andree Pfitzner, unterstützt wird er von SC-Stadionsprecherin Julica Goldschmidt und Uwe Stasch, Gemeinderat und USC-Eisvögel-Freiburg-Vorsitzender.

Die Sportbotschafter*innen Elisabeth Seitz und Léon Schäfer coachen und motivieren vor allem die Kinder, die das Sportabzeichen ablegen wollen. Seitz ist Rekordmeisterin im deutschen Kunstturnen und Europameisterin, Schäfer ist Doppelweltmeister bei den Para-Leichtathletik-Weltmeisterschaften. Um 11.30 Uhr gibt es Autogramme mit den Athlet*innen.

Die beiden werden beim Coaching außerdem von Rollstuhl-Fechterin Esther Weber unterstützt. Weber holte 1992 die Goldmedaille bei den Paralympics im Degen-Einzel.

Tour durch Deutschland

Jedes Jahr besucht die Sportabzeichen-Tour mehrere Städte, um dort ein Bewegungsfest auszurichten. Freiburg ist eine von fünf Städten, die 2026 eine Zusage bekommen haben. Wer am 3. Juli dabei sein möchte, kann einfach vorbeikommen. Mitbringen sollte man Sport- und Badekleidung, eine Trinkflasche und Lust am Sport.

freiburg.de/sportabzeichen

Kindermusikfestival Klong ab 29. Juni

Festivalfinale am Sonntag, 5. Juli, im Theater

Egal ob Geige, Cembalo oder Klavier: Für 500 Freiburger Kinder steht eine Woche lang nur Musik auf dem Stundenplan. Das Musikfestival Klong macht's möglich. Von Montag, 29. Juni, bis Sonntag, 5. Juli, begeben sich Schüler*innen gemeinsam mit professionellen Musiker*innen auf eine musikalische Entdeckungsreise – mit ganz viel Neugier, Kreativität und Klang.

Viele Schulen im Stadtgebiet werden zu Klong-Musiklaboren. Statt im Klassenzimmer die Schulbank zu drücken, tauchen die Kinder in ihre Musikprojekte ein. Ob mit der eigenen Stimme, an Instrumenten, mit Umgebungsgeräuschen oder sogar bei professionellen Hörspielaufnahmen – die Schüler*innen erforschen und produzieren Klänge in all ihren Facetten.

Zusätzlich begeben sie sich auf Klong-Exkursionen: zum Beispiel zu Workshops am Institut für Musik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg, ins SWR-Experimentalstudio oder in Freiburger Instrumentalwerkstätten. Mit dem Verein Mehrklang bauen Kinder auf dem Abenteuerspielplatz Weingarten eine Woche lang gemeinsam ein Riesenxylofon aus Baumstämmen, das auch nach dem Kindermusikfestival dort stehen bleibt und bespielt werden kann.

Den Abschluss der Festivalwoche bildet das große Kindermusikfest im Theater Freiburg am Sonntag, 5. Juli. Zur Eröffnung um 12.30 Uhr findet das Klong-Labor „Recycle“ statt: Gemeinsam mit dem SWR-Experimentalstudio und dem Orchester der Musikschule machen Kinder Musik mit wiederaufbereitetem Müll. Auf der Bühne des Großen und des Kleinen Hauses stellen die Schüler*innen ihre Ergebnisse aus den Laboren vor. Außerdem gibt es zahlreiche Mitmachangebote und Konzerte für Familien mit Kindern – dabei wird zugehört, gebastelt und gesungen. Diese und alle anderen Festivalangebote sind kostenlos.

www.freiburg.de/klong „Klong“ ist eine Veranstaltung des Kulturamts in Zusammenarbeit mit dem Theater Freiburg und dem Verein Mehrklang.

Kolloquium zu Joseph Schlippe

Veranstaltung im Stadtarchiv zum Freiburger Stadtbild im 20. Jahrhundert

Niemand hat das Freiburger Stadtbild im 20. Jahrhundert so geprägt wie Joseph Schlippe. 25 Jahre war er für das Bauwesen in der Stadt verantwortlich, die auch die entscheidenden Jahre des Wiederaufbaus umfassten. Ein Kolloquium im Stadtarchiv beleuchtet am 10. Juli die Rahmenbedingungen, unter denen er tätig war.

Joseph Schlippe war von 1925 an Leiter des städtischen Hochbauamts und später Oberbaudirektor der Stadt Freiburg. In dieser Funktion nahm er über viele Jahre entscheidenden Einfluss auf das heutige Aussehen der Freiburger Innenstadt vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. So gehen zum Beispiel die Arkaden in der Kaiser-Joseph-Straße auf ihn zurück.

Während der NS-Zeit setzte Schlippe bereitwillig städtebauliche Vorstellungen des Regimes um. Im Zweiten Weltkrieg war er zudem für Denkmäler und Kunst im Elsass zuständig. Direkt nach dem Krieg machte die französische Besatzungsmacht Schlippe zum Leiter des Freiburger Wiederaufbaubüros.

Sein Konzept war geprägt von der Heimatschutzarchitektur, ein Architekturstil, der sich klar gegenüber dem Historismus und dem Jugendstil abgrenzte und seine Blütezeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte. Zugleich stand Schlippe modernen architektonischen Strömungen wie dem Bauhaus oder der Neuen Sachlichkeit kritisch gegenüber.

Das Kolloquium nimmt Schlippe und sein Wirken zum Ausgangspunkt, um die Entwicklung des Freiburger Stadtbilds im 19. und 20. Jahrhundert zu beleuchten. Den Auftakt macht der Geograf Jörg Stadelbauer mit einem Überblick über die städtebauliche Entwicklung Freiburgs. Anschließend beschäftigen sich der Historiker Ralf Müller und Wulf Rüska, früherer Redakteur der Badischen Zeitung, mit Person und Werk Joseph Schlippes. Beide sind ausgewiesene Kenner der Materie und haben sich in zahlreichen Veröffentlichungen mit dessen Rolle in der Freiburger Stadtgeschichte auseinandergesetzt.

An die Vorträge schließt sich ein Podiumsgespräch an. Danach besteht für die Teilnehmer*innen die Möglichkeit, sich an einer öffentlichen Diskussion zu beteiligen. Veranstalter*innen sind das Alemannische Institut, der Breisgau-Geschichtsverein Schau-ins-Land, der Landesverein Badische Heimat und das Stadtarchiv Freiburg.

Die Veranstaltung findet am Freitag, 10. Juli, von 14 bis 18 Uhr im Veranstaltungssaal des Stadtarchivs am Messplatz statt. Die Teilnahme kostet 10 Euro. Um Anmeldung bis Mittwoch, 8. Juli, wird gebeten.

Anmeldung: eveeno.com/schlippe-kolloquium

Kurz gemeldet

Projektförderung für Freiburger Chöre

Auch 2027 unterstützt das Kulturamt wieder Freiburger Chöre – mit insgesamt 43.000 Euro für besonders gute Projekte. Wer mitmachen will, muss sich bis Mittwoch, 15. Juli, bewerben. Entscheidend für die Vergabe sind die Förderkriterien, die der Gemeinderat beschlossen hat: Der Chor muss seinen zentralen Wirkungsort in Freiburg haben, seit mindestens drei Jahren regelmäßig unter professioneller Leitung proben und einen Finanzplan einreichen. Auch Chöre, die schon eine vierjährige Basisförderung vom Kulturamt bekommen, können einen Antrag stellen. Nicht antragsberechtigt sind hingegen Chöre, die nach den Richtlinien für Musik- und Gesangsvereine gefördert werden. Über die Vergabe entscheidet eine unabhängige Fachjury unter Vorsitz des Kulturamts.

Formulare, Hinweise zur Antragstellung sowie die Richtlinien zur Chorförderung unter www.freiburg.de/kulturamt. Ansprechpartnerin für Fragen ist Sonja Kiefer-Blickensdorfer: sonja.kiefer-blickensdorfer@freiburg.de oder Tel. 0761 201-2111

Quartiersflohmarkt im Stühlinger

Die Quartiersarbeit im Stühlinger und im Metzgergrün laden am Samstag, 4. Juli, von 10 bis 15 Uhr zu einem Straßenflohmarkt im Stühlinger ein. Die Stände befinden sich in der unteren Ferdinand-Weiß-Straße (ab Hausnummer 117), in der Häberlestraße und in der Bissierstraße (Richtung Eschholzpark).

Neue Grünoase in Ebnet

Im kühlen Schatten einer Eiche – an heißen Sommertagen gibt es kaum einen besseren Ort. Die Eiche war schon da, aber aus dem Elisabeth-von-zur-Mühlen-Platz, auf dem sie steht, ist jetzt eine Grünoase geworden: mit Tisch, Bänken, Liegepodesten, die zum Verweilen einladen, sowie mit einem Balancier- und Sitzelement im Übergang zur benachbarten Kita. Neu sind auch die Wildblumenwiese, Blühsträucher und ein Staudenbeet, die Lebensraum für Insekten bieten, und ein weiteres Schwäzbänkle für Ebnet, auf dem Menschen unkompliziert miteinander ins Gespräch kommen können. Die Umgestaltung hat rund 60.000 Euro gekostet und hat vor allem ein Ziel: dass der schöne Platz um die Eiche herum zum Treffpunkt für Jung und Alt wird. Sie ist Teil des Grünoasen-Konzepts, mit dem die Stadt kleine Aufenthaltsorte für heiße Tage schafft.

Seniorenbüro warnt vor Betrug

Betrüger geben sich als Mitarbeitende von Pflegestützpunkten aus

Das Amt für Soziales und das städtische Seniorenbüro warnen vor einer alten Betrugsmasche, die aktuell in Baden-Württemberg besonders häufig eingesetzt wird: In Telefonanrufen geben sich Betrüger*innen als Mitarbeitende der Pflegestützpunkte aus, wollen so an persönliche Daten gelangen und zu kostenpflichtigen Leistungen überreden.

Die Anrufer wirken oft professionell und vertrauenswürdig. Sie geben vor, im Rahmen der Pflegeberatung tätig zu sein, und bieten vermeintliche Unterstützung bei Anträgen oder Leistungsprüfungen an. Dabei bauen sie gezielt Druck auf und drängen auf schnelle Entscheidungen. Teils wird versucht, kurzfristig Hausbesuche zu vereinbaren – offenbar mit dem Ziel, direkten Zugang zur Wohnung zu erhalten.

Das Seniorenbüro mit Pflegestützpunkt weist darauf hin, dass seine Mitarbeitenden nie unangekündigt anrufen, um persönliche Daten abzufragen oder Verträge abzuschließen. Es berät Bürger*innen kostenfrei und wird ausschließlich auf Initiative der Ratsuchenden tätig – ohne Druck, ohne versteckte Kosten, immer transparent und unter Wahrung des Datenschutzes. Ein Hausbesuch wird nur in Einzelfällen angeboten – nur auf ausdrücklichen Wunsch und nach vorheriger Terminvereinbarung. Mitarbeiter*innen der Pflegestützpunkte fordern niemals dazu auf, kostenpflichtige Verträge mit ihnen abzuschließen. Auch andere Beratungsstellen, etwa von Wohlfahrtsverbänden und von Pflegediensten, rufen nicht aus Eigeninitiative an und machen keine unangekündigten Hausbesuche.

Schutz vor Betrug

1. Machen Sie am Telefon gegenüber Anrufern, die Sie nicht kennen, keine Angaben zu persönlichen oder finanziellen Verhältnissen. Nennen Sie keine Namen von Angehörigen.
2. Lassen Sie sich nicht unter Druck setzen. Beenden Sie das Gespräch, wenn Ihnen etwas ungewöhnlich erscheint.
3. Lehnen Sie Hausbesuche strikt ab. Geben Sie Ihre Anschrift nicht weiter, sofern Sie nicht selbst das Seniorenbüro mit Pflegestützpunkt oder eine vergleichbare Beratungsstelle angerufen und dabei um einen Hausbesuch gebeten haben.
4. Nehmen Sie im Zweifel selbst Kontakt zum Seniorenbüro mit Pflegestützpunkt auf: seniorenbuero@freiburg.de, Tel. 0761 201-3032.
5. Weisen Sie insbesondere ältere oder pflegebedürftige Angehörige oder Nachbar*innen auf diese Betrugsmasche hin.
6. Sollten Sie einen derartigen Anruf erhalten oder bereits betroffen sein, wenden Sie sich bitte an die Polizei und informieren Sie Ihren zuständigen Pflegestützpunkt.

Kurz gemeldet

Umleitung der Buslinie 27

Wegen Bauarbeiten ist die Linienführung der Buslinie 27 seit Kurzem für rund zwölf Wochen geändert. Die Haltestellen „Stadtgarten“ und „Hochmeisterstraße“ entfallen. Busse ab Europaplatz halten an einer Ersatzhaltestelle in der Karlstraße gegenüber der Karlschule, Busse aus Herdern an einer Ersatzhaltestelle an der Ecke Starkestraße/Mozartstraße sowie an einem Ersatzhalt im Leopoldring auf Höhe der Schlossbergbahn.

Beruf und Familie besser vereinbaren

Elternschaft und Arbeitsleben gleichzeitig zu meistern, ist eine Herausforderung. Die Ansprüche im Job sind hoch, die Bedürfnisse der Familie auch – und die eigenen kommen dabei schnell zu kurz. Wie sich das besser unter einen Hut bringen lässt, zeigt ein Online-Seminar der Kontaktstelle Frau und Beruf Freiburg am Mittwoch, 15. Juli, 18.30 bis 20.30 Uhr. Darin lernen die Teilnehmerinnen, wie Stress entsteht, und entwickeln Ideen für mehr Vereinbarkeit.

Anmeldung unter www.frauundberuf-bw.de/freiburg (Veranstaltungen)

KI im Berufsalltag – Tools für Frauen

Frauen und Künstliche Intelligenz (KI) im Beruf sind Thema der Online-Veranstaltung „KI im Berufsalltag – praktische Tools für Frauen im Job“ am Dienstag, 14. Juli, von 17 bis 18.40 Uhr. In 100 Minuten geht es um Beispiele und Anregungen zu Kommunikation, Organisation, Datenanalyse und Selbstständigkeit sowie um kostenfreie Weiterbildungsangebote. Veranstalterinnen sind die Kontaktstellen Frau und Beruf Baden-Württemberg und die KI-Allianz Baden-Württemberg.

Die Veranstaltung ist kostenfrei, Anmeldung: www.eveeno.com/einhundert-minuten-it_2026, Infos: www.frauundberuf-bw.de/freiburg

Infoabend zu Pflegekindern

Familien, Paare oder Einzelpersonen, die sich überlegen, Kinder oder Jugendliche in ihrem Zuhause aufzunehmen, können sich am Mittwoch, 1. Juli, von 18 bis 20 Uhr informieren. Der Infoabend im Amt für Kinder, Jugend und Familie, Europaplatz 1, dreht sich um Vollzeit- und Bereitschaftspflege sowie um Adoption. Außerdem geht es um rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen, das Bewerbungsverfahren, die Vermittlungspraxis und um die Begleitung von Pflegefamilien sowie den Umgang mit der Herkunftsfamilie.

Anmeldung per Mail an pflegekinderdienst@freiburg.de oder unter Tel. 0761 201-8687, Infos: www.freiburg.de/pflegefamilie

Zukunftssicher heizen in der WEG

Viele Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) möchten ihr Gebäude fit für die Zukunft machen: energieeffizient, klimafreundlich, finanziell nachhaltig. Doch welche Technik passt? Was ändert sich gesetzlich, und welche Fördermöglichkeiten gibt es? Antworten darauf gibt die Online-Veranstaltung „Zukunftssicher Heizen: Aktuelles zum Gebäudemodernisierungsgesetz und Praxisbeispiele Wärmepumpe in Mehrparteienhäusern“ von Stadt und Energieagentur Regio Freiburg am Dienstag, 14. Juli, 16 bis 17.15 Uhr

Anmeldung unter www.freiburg.de/weg

Begleitung von Sanierungsvorhaben

Um Eigentümergeinschaften und Hausverwaltungen zu unterstützen, bieten Stadt und Energieagentur Regio Freiburg kostenfreie Beratung und Begleitung bei Sanierungsvorhaben an. Diese richtet sich eng am bestehenden Bedarf aus und kann technische, finanzielle und organisatorische Fragen klären.

Anmeldung unter Tel. 0761 21 43 00-00 oder unter www.freiburg.de/weg

Amtsblatt-Leser*innen auf historischer Fahrt

Zum 125-jährigen Bestehen der Freiburger Straßenbahn konnten Amtsblatt-Leser*innen kürzlich eine ganz besondere Tour gewinnen: eine Rundfahrt in einer historischen Straßenbahn, garniert mit dem profunden Wissen des früheren VAG-Presesprechers Andreas Hildebrandt. 250 Leser*innen hatten sich für den Schnelldurchlauf durch die Stadt- und Straßenbahngeschichte beworben, nur 25 wurden von Fortunas Glückspfeil getroffen und konnten die Fahrt mitmachen. Für viele war es ein ganz besonderes Erlebnis, so wie für Robert W., der unmittelbar nach der Fahrt eine E-Mail schickte: „Dieser Preis ist mein allererster Gewinn bei einem Preisausschreiben – dies vor dem Hintergrund, dass ich längst im achten Lebensjahrzehnt angekommen bin. Nochmals also: GROSSES DANKE.“ Von ganzem Herzen: Gern geschehen!

Einblicke in das Storchleben

Es ist Nachwuchszeit auf dem Mundenhof: Nicht nur die Erdmännchen, Bisons und Kamele haben Junge bekommen, auch die Störche waren fleißig. Mit 41 Nestern – auf Dächern, Bäumen und sogar auf dem Rosenpavillon – und 69 Küken sind es so viele wie noch nie. Wer gerne mehr über sie wissen möchte: Am Dienstag, 30. Juni, gibt der Naturschutzbund (NABU) ab 19 Uhr Einblicke in ihr Leben auf dem Hof. Um die Störche dort kümmert sich der Freiburger Verein Weißstorch Breisgau. Die Ehrenamtlichen haben alle Nester im Blick, beringen die kleinen Störche, um ihre Routen zu verfolgen, und stehen dem Mundenhof-Team beratend zur Seite. Mit einer eigenen Auffangstation kümmern sie sich außerdem um verletzte, kranke und zurückgelassene Tiere.

Für die Exkursion ist keine Anmeldung erforderlich, Treffpunkt ist um 19 Uhr beim Aquarium. Die Teilnehmer*innen werden gebeten, ein eigenes Fernglas mitzubringen. Weitere Informationen unter www.weissstorch-breisgau.de

Stellenanzeigen der Stadt Freiburg unter www.wirliebenfreiburg.de